

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis im Jahr monatlich 12 Pf. Durch die Post monatlich 11 Pf. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leipzigerstr. 14, Halle 1922. Gekannt 1947. Gebunden 7-6 Uhr. Schriftleitung: General 1945. Erscheinung 12-1 Uhr.

Der Bezugspreis beträgt 100 Pf. für den Halbjährlichen Preis und Später, 500 Pf. für den Jahrespreis, abzüglich an den untergeordneten Poststellen. Anzeigen bis zum 10. Uhr des Tages, spätere Tage vorher. — Telefonnummern: Leipzig 1008 18, Post-Kont. Halle

Einzelpreis 50 Pf.

Montag, den 6. Februar 1922

2. Jahrgang. Nr. 31

Die Regierung am Ende

Weitere Verschärfung des Streiks — Die städtischen Arbeiter und Angestellten Berlins schließen sich an — Allgemeine Erbitterung gegen den Verrat des ADGB und der Ufa — Demonstrationsversammlungen in Berlin, Leipzig und anderen Städten — Umschlagen des wirtschaftlichen in einen politischen Machtkampf — Wir fordern eine Regierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Die Streikflage

Die Streikflage hat sich über Sonntag im ganzen Reich ungeheuer verschärft. Der Kampf dehnt sich allmählich immer mehr zu einem ins Riesenhafte gesteigerten wirtschaftlichen Kampf der gesamten Arbeiterschaft aus. In Berlin ist zum Eisenbahnerstreik noch seit Sonnabend Nacht der

Generalkrieg der städtischen Arbeiter

getreten. Die Stadt ist völlig ohne Wasser, Gas und Elektrizität. Theater und Kino sind geschlossen. Die Straßenbahnen fahren seit Sonnabend abends um 10 Uhr nicht. Die Kohlenverladung Berlins ist fast beendigt. Die häßlichen Werte befinden sich nach Kohlenverlade für wenige Tage. In einigen Fabriken, sowie in mehreren Bäckereien hat die Kohlenknappheit bereits die Einführung der Kurzarbeit nötig gemacht. „Seine Majestät der Streik“ herrscht in Berlin und hat der Stadt äußerlich vielleicht einen toten Anstrich gegeben, und doch pulsiert das Leben nie stärker als jetzt, wo in einem Titanenkampf die wirtschaftlichen Interessen aufeinanderprallen.

Als Antwort auf den provokatorischen Aufruf des ADGB zum Streikabbruch hat die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner den Streik verschärft. In der gesamten Arbeiterschaft herrscht über die Haltung des ADGB eine ungeheure Erbitterung. Eine hart behaftete Verklammerung Berliner Betriebsräte hat den schärfsten Protest gegen den Verrat des ADGB und der Ufa erhoben. Die Berliner festgewirtschaftliche Betriebsratsgruppen brachten am Montagabend eine Vollversammlung der Berliner Betriebsräte ein.

In Norddeutschland ist die Streikflage unverändert. Die Eisenbahner halten fest durch trotz aller Verwirrungsversuche der Gewerkschaften. Kundgebungsversammlungen des ADGB in Berlin, Hamburg und anderen Orten des Reichs verlangen vom Hauptverband der Gesamtstreik der Eisenbahner. In Kassel hat sich am Sonnabendnachmittag ein großer Teil der Arbeiter von Kassel-Fahndorf dem Streik angeschlossen. Die Streikführer haben der reichlichen Ratschläge ungeachtet. Aus Hanau meldet Wolff, daß am Sonnabendnachmittag etwa 1500 Streikende aus einer Versammlung nach dem Bahnhof zogen, dort trotz des Widerstandes der Polizeimannschaften in das Bahnhofsgebäude eindringen und die Entfernung der Arbeitswilligen durchsetzen. Die Schupo hat den Bahnhof zwar wieder besetzt, ist aber außerhande, die Bahnhofsanlagen von den Streikenden zu säubern.

In Mannheim ist die Lokomotivfabrik seit gestern in den Streik getreten. Nach Mitteilung der Eisenbahner-Generaldirektion Karlsruhe ist in Baden der Eisenbahnerstreik um die Mitternacht zum Sonntag ausgedehnt.

Der Eisenbahnerstreik in Ober- und Mittelbaden ruht dann vollkommen. In einer Besprechung mit dem 10. und 11. März 1922 Staatspräsidenten fordern die Vertreter der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit den süddeutschen Eisenbahner, anderenfalls treten auch sie in den Streik. Danach ist Süddeutschland bereits in dem Streik resp. steht kurz vor dem Streik.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die gemaltige Steigerung, die der Kampf der Eisenbahner erfahren hat, die Stellung der Regierung immer unanhaltbarer macht. Die Regierung scheint vollkommen hilflos zu sein. Insofern würde sie angesichts dieser drohenden Lage nicht noch großspurig erklären, ihr Standpunkt gegenüber dem Streik sei unverändert, die Regierung werde weiterhin die enge Fühlungnahme mit den politischen Parteien und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aufrecht erhalten. Der Anschein der Ruhe, den sich die Regierung damit gibt, ist natürlich getarnt. Den einzigen Fall, den die Regierung noch besitzt, stellt der Verrat der Spitzenorganisationen dar. Aber die Regierung sollte die Macht und den Einfluß dieser Spitzen, wenn sie gegen alle Kraft spannt, nicht übersehen. Es gibt einen Punkt, wo der Streik der in Bewegung geraten, weil in ihrer Lebensweise bedrohten Arbeiterschaft auch über die Spitzenorganisationen bedrohlich. Immer mehr zeigt sich, daß nur eine einzige Partei die Interessen der gesamten Arbeiterschaft und Beamtenenschaft bis zur letzten Konsequenz vertritt: das ist die KPD, die tatsächlich schon

an der Spitze der streikenden Massen marschiert. Sie wird alles tun, um der Bewegung zum Siege zu verhelfen.

Die Regierung lehnt noch immer Verhandlungen ab

Berlin, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag wies die Verklammerung der KPD, die in allen Stadtteilen abgehalten wurden, einen ungeheuren Massenbesuch auf. Bei wichtiger Kammsitzung erklärten die Arbeiter, unter denen auch die Regierung der Schärferer. Am 11. Uhr vormittags trat in Berlin das Reichskabinett zusammen. Gleichzeitig fanden Verhandlungen des preussischen Ministers Geering mit dem Berliner Polizeipräsidenten Fischer statt. Anwesend waren ferner außer dem Reichsstatthalter Hermann Müller und Ufa die Unabhängigen Dietmann und Holtenieb. Die Sitzung war streng vertraulich. Die Regierung erklärt nach wie vor, daß sie nicht mit der Reichsgewerkschaft verhandelt.

Die Streikleitung der Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung

die Erklärung der Regierung, daß die Gefangenenen von Streikführern oder Streikenden nicht vorgekommen werden dürfen und daß nach dem Streik sofort Verhandlungen über die Reorganisation der Gehälter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Streikleitung der Eisenbahner verlangt, daß die Regierung den Arbeitswilligen zunächst für die Streikenden und darauf erst für die Staatsbeamten und Beamten festsetze. Für den Streikabbruch stellt die Streikleitung die Bedingung, daß der Verbandsminister alle den Direktionen ausgegangenen Verfügungen über die Arbeitszeitregelung zurückziehe.

Zwischen den Reichsbeamten und Unabhängigen kam es zu heftigen Zusammenstößen, so die KPD, vullig auf Seiten des Schärferer steht, während die Ufa zwischen dem Parteien schwankt. Einzige die KPD, hat sich von Beginn des Streiks an der kämpfenden Beamten angeschlossen.

Wer steht hinter dem Streik?

Magdeburg, den 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Hier wurde unerschütterliches Festhalten verbreitet:

Alle untergeordneten Organisationen. Der Eintritt weiterer Organisationen steht bevor.

Alle untergeordneten Organisationen halten eine längere Dauer des Eisenbahnerstreiks für gefährlich für die deutsche Allgemeinheit, daß sie es als ihre Pflicht ansehen, die Reichsgewerkschaft um sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Leitung der Streikenden zu ersuchen.

Die untergeordneten Verbände haben es bis zur Stunde noch unterlassen, ihre Mitglieder zum Eintritt in die Bewegung aufzufordern, sie haben jedoch die Verbindung mit der Reichsgewerkschaft bereits hergestellt, und werden nach Ablauf des 4. Februars ihre Mitglieder zur Unterstützung der von ihnen als vollauf berechtigt anerkannten Forderungen der Reichsgewerkschaft, ebenfalls in den Streik treten lassen, falls bis zu obigem Zeitpunkt keine Verhandlungen seitens der Reichsleitung eingeleitet worden sind.

Soziale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamten-Verbände Reichsverband der Verwaltungsbeamten

Hiermit ist der Reichsverband, daß die Verfassungen, inspiriert von der Regierung, nicht den Tatsachen entsprechen. In die gesamte Beamtenchaft in Deutschland steht hinter dieses Bewegung. Die Eisenbahner sind totlos.

- I. Umfassend Arbeiter- und Bahnhofspersonal
 - II. Eisenbahnerbeamten
 - III. Reichsbeamten
 - IV. nichttechnisches Eisenbahnerpersonal
 - V. Eisenbahnerangestellten
 - VII. Lokomotivpersonal und der Beiratsverband.
- Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Angestellter.

Eberts Ausschluß aus der Sattlergewerkschaft

Akt. 4. Februar. Die gestrige Hauptversammlung der Sattler- und Tapezierer Kasse hat mit 200 gegen 4 Stimmen den Ausschluß des Reichspräsidenten aus der Organisation beantragt wegen „seiner der Gewerkschaftsbewegung schädlichen Verordnungen“.

Die Konsequenzen

Der Eisenbahnerstreik, geboren aus der von allen Seiten anerkannten wirtschaftlichen Notlage der Eisenbahner und Beamten, propagiert durch den schmerzhaften Tyrannismus- und Ausbeutertum der Regierung als staatlicher Zwangsgeber, beständig auf neue die Ziele, daß jeder wirtschaftlichen Kampf ein politischer Kampf im kapitalistischen Klassenstaate ist, lobt er eine größere Ausdehnung an. Nach vier Tagen stetiger Verschärfung hat sich der Streik jedoch wirtschaftlich wie politisch zu einem Machtkampf von zurecht noch unübersehbarer Reize ausgemacht und ist darüber hinaus zu einer Frage der Rettung für die Reichsregierung geworden. Seine wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen für das Gesamtvolk werden müssen deshalb analysiert und die Konsequenzen daraus gezogen werden.

Entgegen den Hoffnungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die Reichsgewerkschaft werde durch den Aufruf des ADGB zum Streikbruch „isoliert“ und der Streik selbst werde bis spätestens Montag zusammenbrechen, verschärft sich die Streikflage von Stunde zu Stunde. Die Arbeiterschaft im ganzen Reich häuft sich gegen den Verrat der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auf. Überall finden wuchtige Versammlungen gegen den Streikabbruch Eberts und das schändliche Verhalten der ADGB-Führer statt. In Berlin, Hamburg, Magdeburg, Leipzig und anderen Städten des Reichs haben Funktionäre und Mitgliederversammlungen des Reichs Eisenbahner- und Angestelltenverbände den Streik beschlossen oder verlangen vom Hauptverband den Gesamtstreik der Eisenbahner. In Berlin sind die Arbeiter der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in den Streik getreten. Die Stadt ist ohne Licht, der Straßenbahnerstreik ruht, das Erhalten der Werke ist in Frage gestellt. Der Streik nimmt alle immer größere Ausmaße an und beginnt damit das gesamte Wirtschaftsleben in Deutschland zu lähmen.

Schon wird gemeldet, daß die Stupp-Grün-Verke in Eisen stillgelegt. Die Werke von Fischer und Reindorf stellen heute den Betrieb ein. Das Drehscheib Gaswerk hat nur noch für einen Tag Kohlen. In Jena herrscht Kohlenmangel, der keine Bestand reicht gerade noch für den Betrieb der Bäckereien und des Wasserversorgung. Selbst der bestfunktionierende „Noterzeuger“, den die Eisenbahndirektionen östlich immer noch zu unterstützen versuchen, kann die Verletzung der Industrie mit Kohlen und Gasen nicht bewältigen, in nicht einmal die Lebensmittellieferung gewährleisten. Dauert der Streik auch nur noch wenige Tage an, kann müssen Industrie, Handel und Handwerk zum völligen Erliegen kommen. Damit ist aber der Streik nicht mehr allein eine Sache der Eisenbahner und der Beamtenchaft, sondern der gesamten kämpfenden Bevölkerung überhaupt, die sich mit den Eisenbahner isolieren muß.

Politisch ist die Lage so: Die Reichsregierung beharrt auf ihrem abtötenden Standpunkt. Für sie ist der Eisenbahnerstreik eine Frage des Prestige und noch mehr der Macht. Damit ist sie aber am Ende ihres Scheiterns überhaupt angeht. Sie steht vor dem unaufhaltsamen Zusammenbruch. Sie muß ihren Standpunkt aufgeben und sich dem Streik ergeben. Sie muß sich dem Streik ergeben und sich dem Streik ergeben.

In Cannes hat das Entente-Kapital die Geltendmachung der deutschen Finanzen verlangt, ebenso um mit der deutschen Schuldverpflichtung auf dem Weltmarkt aufzuräumen, zweitens um die Reparationszahlungen zu ermöglichen. Der Vertreter der deutschen Kapitalisten, der nunmehrige Außenminister Dr. Rathenau, versprach die Verkopplung der Steuern, die Abschaffung der Lebensmittelschüsse, die Erhöhung der Fahrpreise und der Frachten, die Verteuerung der Kohle usw., um den Schuldendienst des Reichs einzeln zu tun und den Staat zu lancieren. Um die Finanzen zu lancieren, hätte die Regierung die in der Ufa bis Schwere erschaffen, die Erz- und Kohlenbergwerke enteignet und die Produktion unter die Kontrolle des Staates und der Arbeiterorganisation stellen müssen. Nur so könnten die Finanzen gelandet, das Reich wieder kreditfähig und die Staatsbetriebe durch Verbilligung der Materiallieferungen wieder rentabel gemacht werden. Da das Zentrum und die Demokraten den „Eingriff in Substanz“ nicht wollten, die sozialdemokratischen Führer

An die gesamte werttätige Bevölkerung!

der Gewerkschaften in der Regierung aber den Kampf gegen das Kapital scheuten, schlossen die Sozialdemokraten und das Zentrum das schandbare Steuerkompromiß, durch das die Bedürfnisse der weiteren Veredelung preisgegeben und die Belohnungen gekürzt werden.

Durch die Ziele der Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften schamlos über den Steuerkompromiß der Stimmlosen ist zwar der Reichstag nicht balanciert. Nach den Darlegungen des Finanzministers Hermes im Reichstage weist der Reichshaushalt für 1922 in der allgemeinen Reichsverwaltung 3,9 Milliarden, in den Betriebsverwaltungen (Eisenbahn, Telegraph und Post) 9,2 Milliarden, im Reparationsetat 171,63 Milliarden, im ganzen also einen Selbstbetrag von 183,55 Milliarden Mark auf! Um so größer ist das Bedrängnis der Regierung, die infolge der unsicheren Haltung der Stimmlosen dauernd in der Angst lebt, daß das Steuerkompromiß hochgeißelt und sich deshalb erst recht veranlaßt sieht, die Politik der Ausbeutung der Lohn- und Gehalt arbeitenden Massen fortzusetzen.

Die Stellung der Reichsregierung ist so: Hilf- und mächtlos schwankt sie wie der bekannte Esel zwischen zwei Winden. Da durch den Streik der Eisenbahner ihr Prestige bis auf äußerste in Frage gestellt ist, fürchtete sie sich gegen den Herzog von Stennes, der nicht nur ein Mörder, sondern die brutale Gewalt nach Art des Herr-in-Haus-Standpunktes der Industrievertreter gebraucht. An Unzufriedenheiten in dieser Hinsicht hat es bis jetzt nicht gefehlt. Die Überbetonung, die Verhaftungen von „Streikführern“, die Androhung von furchtbaren Entlassungen usw. sind Beweis dafür. Die Organisation des Streikführers durch Einbeziehung der Orgel- und Stahlhelmbrüder in die Technische Reichsliste beweist die Sympathie der Sozialdemokraten und der christlichen Demokraten in der Regierung für die Kontinentalpolitik! Zweifellos erwägt die Regierung bereits ernsthaft, ob sie sich auf die Formationen der Kontinentalpolitik, die in der letzten Nacht in Halle gegen die Eisenbahnbeamten und Arbeiter, so kommt das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen und das gesamte werttätige Volk wird in Kampfstellung gegen die Regierung treten. Das bedeutet das Zerbrechen der großen Koalition, die Getrümmtheit der mächtigen SPD., deren Mitglieder in einzelnen ihrer Hochburgen schon jetzt den Führern die Mittelschüler vor die Füße werfen. Vielleicht bedeutet das auch den offenen Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat!

Es wird sich bald zeigen müssen, ob die Regierung sich für diesen oder jenen Weg entscheidet wird, oder ob sie — was auch möglich ist — gar keine Entscheidung fähig ist und in der Verlegenheit verbleibt. Was ergibt sich aus dieser Situation für die werttätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten? Diese Frage läßt sich leicht beantworten. Für die große Masse des Volkes ist die Politik der Wirtschaftlichen Ausbeutung und der Entlassung unerträglich. Nach Berechnungen des Staatlichen Reichsamtes ist die Leuerung, wie schon gemeldet wird, im ersten Monat des Jahres weiter gestiegen. Die Inzestruktur für die Lebensbedingungen (Ernährung, Kleidung, Heizung, Wohnung) im November 1921 der Januar 1922 ist von 1500 auf 1640, demnach um 23,8 Prozent gestiegen. Wenn nun die neuen Steuern in Kraft treten, muß die Leuerung erst recht stark steigen. Daraus ergibt sich aber nur als einzige Konsequenz für das Proletariat: Barmittigkeit der 10 Punkte, die die Gewerkschaften bereits am 15. November v. J. aufgestellt haben.

Es liegt aber klar auf der Hand, daß die gegenwärtige Regierung, um ihre Haltung in den letzten Wochen nur zu deutlich bezeugen hat, dazu nicht fähig ist. Es gibt darum nur eine Lösung: den Rücktritt der Regierung! Bildung einer Regierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten! Automatische Annullierung der Röhne und Gehälter an die monatlichen Anbesitzer des Staatlichen Reichsamtes! Sofortige Schaffung eines Geketzes zur Erfassung der Sachverhalte! Annullierung des Reichstages im Falle der Abweisung! Befreiung des Volkes durch Wahlen!

Ganz Deutschland ist der Schaulatz eines gemäßigten proletarischen Kampfes. Der Eisenbahnstreik zieht von Stunde zu Stunde weitere Kreise. Die Reichsregierung der Eisenbahner hat den verhassten Streik proklamiert. Die Berliner Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben zur Verhinderung des Streiks aufgerufen. Sie und die Hamburger Funktionäre des Verbandes verlangen vom Reichstag den DGB, den

Aufruf zum Gesamtstreik aller Eisenbahner.
Die Arbeiter der hiesigen Betriebe Berlins stehen bereits im Streik. Aber eine Million von Beamten und Arbeitern aller Kategorien kämpfen schon heute um ihr tägliches Brot, gegen die Verhinderung, das Steuerkompromiß und die damit verbundene Verelendung des Volkes in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die nach dem Willen der Arbeiter herufen sind, die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats zu vertreten, sind mit Ausnahme des Deutschen Beamtenbundes diesem ungeheuren wirtschaftlichen Kampf in den Rücken gefallen! Sie haben den Abbruch des Eisenbahnstreiks proklamiert. Die Regierung, die alle staatlichen Machtmittel gegen die kämpfenden Arbeiter aufweist, erhält durch die Zurücknahme der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen die moralische Autorität, um die Streikbewegung niederszuwerfen. Die streikenden Beamten und Arbeiter sind dadurch vollständig der Willkür der Gewalt preisgegeben.

Nur die Unterstützung der gesamten Arbeiter kann ihnen helfen!

Ihr Schicksal ruht jetzt in der Hand der gesamten Arbeiterschaft. In allen Betrieben müssen die Arbeiter sofort Stellung nehmen. Die Arbeiter müssen an ihre Parteien und Gewerkschaften Delegationen und Delegationskommissionen entsenden, um ihren Willen kundzutun. Der Reichstag des DGB, muß vernichtet werden, nach dem Willen seiner Mitglieder der Generalstreik der Eisenbahner zu proklamieren. Die gesamte Macht der proletarischen Organisationen muß zur Geltung gebracht werden, damit die Forderungen der Streikenden vollständig zur Durchföhrung gelangen. Diese Forderungen sind:

1. Annullierung der Ausnahmeverfügung, Freilassung der verhafteten Streikführer, Rückgabe der beschlagnahmten Streikführer, sofortige Zurückziehung der Technischen Reichsliste.
2. Sofortige Verhandlungen mit den Streikenden unter

einen Ausweg, und der ist: Rücktritt der Regierung! Bildung einer Regierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Dafür muß jetzt das gesamte Proletariat ohne Unterscheidung der Partei und der Organisation in Aktion treten. In wichtigsten Demonstrationen und Versammlungen muß es sich allerorten mit den streikenden Eisenbahnern solidarisieren und seinen Willen bekunden, daß es bereit ist, für seine Forderungen zu kämpfen. Neben den Forderungen, die die Arbeiterschaft in dem an anderer Stelle des „Klassenkampfes“ veröffentlichten Aufruf der SPD-Zentrale finden, muß die Kampfarole des Gesamtproletariats jetzt lauten:
Sofortiger Rücktritt der Regierung!
Bildung einer Regierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten!
Automatische Annullierung der Röhne und Gehälter an die monatlichen Anbesitzer des Staatlichen Reichsamtes!
Sofortige Schaffung eines Geketzes zur Erfassung der Sachverhalte!
Annullierung des Reichstages im Falle der Abweisung!
Befreiung des Volkes durch Wahlen!

Schlatternde Angst der Regierung

WZB, meldet:
Berlin, 6. Februar. Nach Mitteilungen aus besprochenen gewerkschaftlichen Kreisen (WZB-Kreis) ist die Regierung bereits verurteilt, die Streikende von linksradikaler Seite politisch auszunutzen. Es ist aber zu erwarten, daß der belohnende Teil der Berliner Arbeiterschaft alles daran setzen wird,

3. Hinzuziehung der Organisationen der kämpfenden Eisenbahner und Beamten, keine Maßregelungen.
3. Verhinderung des Arbeitszeitgesetzes, keine Verminderung des Personalstandes in den Reichsbetrieben, Säuberung des Reichsverkehrsministeriums von reaktionären Beamten.
4. Zur Wiederherstellung der Rentabilität der Eisenbahn sofortige Entzerrung der Kohlen- und Eisenbergwerke, in Verbindung damit wirtschaftliche Neuordnung der Eisenbahnbetriebe entsprechend den Forderungen des DGB.

Diese Forderungen sind Forderungen der gesamten Arbeiterschaft! Der Kampf kann nur durch eine einseitige Entzerrung geist werden. Die Eisenbahner sind das erste Opfer der durch das Steuerkompromiß eingeleiteten Politik der Vernichtung aller Kräfte der Reparation und der Arbeiterschaft. Gestützt auf die Bourgeoisie, die Rentabilität der Eisenbahn auf Kosten der Arbeiter durch Verlängerung der Arbeitszeit und Vorkürzung der Bezahlung bezweckt, dann teilt die übrige Arbeiterschaft bald das Schicksal der Eisenbahner! Das gesamte Proletariat muß den Kampf der Eisenbahner, der ein Kampf gegen die Stimmlosigkeit der Eisenbahn und den Stimmlosen ist, mit allen Mitteln unterstützen. Die Regierung raubt den Staatsbeamten und Arbeitern das Streik- und Koalitionsrecht.

Die Grundlagen der proletarischen Organisationen sind bedroht!

Die Arbeiterschaft wird aber zeigen, daß sie trotz der Provokation der Regierung und trotz des Verrats der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ihre Organisationen zu erhalten und ihren Kampfarbeit zu wahren versteht. Die Regierung hat eine Kampfabprobe provoziert. Die Arbeiterschaft wird sie zu bestehen wissen.

Die Niederlage dieser Regierung in diesem Streik ist nicht die Niederlage der Republik! Die Niederlage der Beamten und Arbeiter in diesem Streik ist dagegen die Niederlage des Sozialismus, ist die Niederlage der Gewerkschaften, ist der Sturz des DGB. Die mächtige Einzelkraft aller Arbeiter, Beamten und Angestellten muß diesen Wankpunkt umstoßen!
Jetzt heißt es: Solidarität mit den Kämpfenden!
Berlin, den 5. Februar 1922.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der III. Internationale.)

dem unverantwortlichen Treiben ein Ziel zu setzen. Der Polizeipräsident ist der Ansicht, daß der moralische Druck der einseitigen Arbeitseinstellung hart genug sein wird, weitere Ausföhrungen des gegenwärtigen Streiks zu verhindern. Wenn diesen Grundes kann vorläufig von außerordentlichen politischen Maßnahmen abgesehen werden. Sollte trotzdem verurteilt werden, die öffentliche Ruhe und Ordnung gemäßig zu fördern, so ist die Polizei geübt vorzubereiten, jeden Versuch im Keime zu ersticken.

Die Stimmung in Leipzig

Streikbeschluß der DGB-Mitglieder
Leipzig, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern hatte die kommunistische Partei in Leipzig eine Versammlung im Zentraltheater einberufen mit dem Thema: Der Eisenbahnstreik. Der Saal des Zentraltheaters war überfüllt von Beamten und Eisenbahnern, jedoch eine Parteilei-Veranstaltung abgehalten werden mußte. Demnach ist die Parteilei-Veranstaltung abgehalten werden mußte. Demnach ist die Parteilei-Veranstaltung abgehalten werden mußte. Demnach ist die Parteilei-Veranstaltung abgehalten werden mußte.

Ebenfalls haben gestern die Mitglieder des DGB eine Versammlung in der sie sich lösten. In den Streik zu treten, und die sich einer gemeinsamen Demonstration der im Zentraltheater Versammelten angeschlossen. Die Demonstration ging zum Reichsgerichtssaal, wo Richter nochmals zum Eisenbahnstreik referierte.

dem Referenten gegenüberzutreten. Die aufgewandten Anforten an Geld und Zeit haben oft in keinem Verhältnis des Erfolges. Der Erfolg ist in den meisten Fällen viel durchschlagender, wenn den Druckerhältnissen der Psychologie der Bewohner fremd gegenüberstehende Referenten, von einem Orkanisalfen oder einem Genossen aus den Nachbarn nicht gewohnt wird. Sachkenntnis des behandelnden Themas ist natürlich erforderlich. Die kommunistische Parteiforensierung muß daher bestrahlt sein, auf alle Fälle und Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens Material zu bringen. Geschichtliches, sind die Genossen leicht in der Lage, sich in die behandelnde Materie zu vertiefen. Durch das Aneinanderreihen einzelner Vorgänge über ein und dasselbe Thema wird der Funktionäre gemungen, es sachlich durcharbeiten, und erfolgreich selbst zu ordnen, daß es in der Wirkung auf die Zuhörer keigend hervorgehoben wird. Es kommt nicht auf das Was, sondern auf das Was, was gelangt wird, an. Hat der Diskussionsreferent oder der Referent das gedruckte Material sachlich verarbeitet, so wird er auch in der Lage sein, seinen Worten die lebensvollste Überzeugungswirkung zu verleihen. Es wird nichts Mechanisches sein, was zum Vortrag gebracht wird, der Eindruck auf die Zuhörer wird nicht ausbleiben.

Selbstverständlich ist darüber auch die moralische Pflicht der „Kommunistischen Parteiforensierung“, nur konkrete Tatsachen zu bringen und sich nur auf Tatsachen zu beschränken. Die „Kommunistische Parteiforensierung“ muß, soweit das bei einem verantwortlichen Erscheinen möglich ist, zu allen aktuellen Fragen Material bringen. Sie muß die Funktionäre über die wirtschaftliche und politische Lage des Auslands, über die Vorgänge in den Bruderparteien unterrichten und mit Material versorgen. Geschichtliches ist fortgesetzt, so werden untere Funktionäre bald auf allen Gebieten, welche die Lebensfragen des Proletariats betreffen, ausgerüstet sein und den Kampf gegen Reaktion und Reformismus führen können.

Durch die fortgesetzte Verelendung der Kommunisten durch die Weisse Kulis, durch Arbeitslosigkeit, dadurch, daß der revo- lutionäre Arbeiter in der „demokratischen Republik“ freimüßig ist, ungeschützt und gequält wird, muß die kommunistische Partei einen Aufruf durch die Weisse Kulis, was keine andere Partei. Deshalb muß untere Partei zu ausgebaut sein, daß sich sofort auf den fest gewordenen Boden ein neuer Kämpfer schwingt. Diesen in der schwierigen Arbeit der Propaganda mit dem nötigen Hilfspersonal zu versehen, oder dabei beizuhelfen zu sein, das ist die Aufgabe der „Kommunistischen Parteiforensierung“.

Die Aufgaben der Kommunistischen Partei-Korrespondenz

D. G. Die „Kommunistische Partei-Korrespondenz“ beginnt ihren zweiten Jahrgang. Geschichtsmomente ist es bisher gelungen, diese trotz der gegenwärtigen Verhältnisse in Leipzig zu veröffentlichen. Die Korrespondenz der Partei ist ein wichtiges Organ, um die Partei in einem für die Funktionäre der Partei erschwinglichen Preise abzugeben, obwohl auch eine Erhöhung der Verkaufspreise vorgenommen werden mußte. Mit der Nummer 2 des zweiten Jahrganges wird die „Kommunistische Partei-Korrespondenz“ einzeln gedruckt erscheinen. Dadurch haben die Funktionäre die Möglichkeit, den Inhalt der „Kommunistischen Partei-Korrespondenz“ besser auszuwerten und diesen nach bestimmten Disziplinen zu ordnen. Eine Maßnahme, die das Bearbeiteten des betreffenden Stoffes bezeugen erleichtert, selbst überflüssig macht, die Registrierung nach Materien ermöglicht, und vor allen Dingen eine Zeitersparnis für andere Funktionäre mit sich bringt, eine Einrichtung, die höchlich von den Funktionären sehr begrüßt werden wird.

Die größte Aufgabe ist es, das mit seinen in der Zeitmagd. Es fehlt an Zeit, das Tagesmaterial zu bearbeiten. Es ist auszu-graben, um den Genossen mit seinen täglichen Verlesungen der Kommunisten, mit seinem Entschließen der konkreter Dinge ist wirtschaftlicher und politischer Beziehung, um das Proletariat am Wege der Erkenntnis des Klassenkampfes abzurufen. Schon muß zu sehen. Hier soll die „Kommunistische Partei-Korrespondenz“ befehle, ergänzend, einbringen. Die kommunistische Bewegung muß leben. Hoffen der Menschheiten abringen. Große Teile des Proletariats sind noch im Banne der rechtssozialistischen Ideologie. Die alte Schule und Erziehung läßt sich nicht so leicht verdrängen. Sie leben nicht, doch aus den ehemaligen Klassenkämpfern Klassenparteiisten geworden sind. Sie müssen und empfinden, daß die Klassenkämpfer (die Funktionäre) nicht der Weg zum Ziele, nicht zum Sozialismus sind. Sie hoch können sie sich nicht heimzahlen, den rechten Weg zu beschreiten. Die Überzeugung, daß das, was den Menschen leidet und Sicherheit in seinem Arm und seinen Füßen, was den Menschen leidet und leidet, fehlt. Diese Überzeugung kann bei den uns vorliegenden Proletariaten nur durch logische Argumente, durch die Macht der Überzeugungskraft der kommunistischen Ideologie, die Gegenüberstellung von Theorie und Praxis herbeigeföhrt werden.

wirtschaftlicher Politik gemeint wird. Um dieses vorbringen zu können, ist es notwendig, daß die kommunistische Partei einen gewissen Grad von Funktionären hat, der ausgerüstet ist mit den Vorbedingungen der ökonomischen und politischen Erkenntnis zur Übernahme der Arbeit. Der unterricht ist über alle die Vorgänge nationaler und internationaler, wirtschaftlicher und politischer Art.

Hier soll die „Kommunistische Partei-Korrespondenz“ die Hilfe, die vorhanden ist, annehmen. Der Arbeiter ist infolge seiner wirtschaftlichen Lage nicht imstande, mehrere Zeitungen zu lesen. Es fehlt an Geld, es fehlt an Zeit. Nur so oft ist der kommunistische Funktionäre auf die Parteipresse seines Gebietes angewiesen, die infolge ihres beschränkten Umfanges nicht über alle Dinge laufend unterrichten kann und nicht alle die wichtigsten Ereignisse der Welt mitteilen kann. Die kommunistische Presse ist nach im Entschließen begriffen. Wir haben keine Arbeiterschaft, mit uns ausgearbeitet, alten Arbeiter, Vorhandene Arbeit mit von den Weisheitskräften geföhrt werden. Alles ist nach im Werke.

Auf der anderen Seite gibt es einen Teil von Genossen, von Funktionären, die aus hier nicht näher zu untersuchen, aber ebenfalls verständlichen Gründen, besonders in den hiesigen Verhältnissen, überhaupt keine Parteipresse lesen. Diese Genossen sind der Mittelpunkt der täglichen Propaganda auszuweisen, ist Aufgabe der „Kommunistischen Partei-Korrespondenz“.

Auf allen Gebieten, die das tägliche Leben des Proletariats betreffen, muß die „Kommunistische Partei-Korrespondenz“ gerade diesen Genossen Material liefern. Selbst auf die Gefahr hin, daß so zum Teil auf Kosten benachteiligten Genossen in den größeren Arbeiterkreisen, wie eine gut ausgebildete Parteiforensierung, Parteipresse, Mittelstellen und Stellen vorhanden sind, nicht. Aber dieses hilft nur in ganz beschränktem Maße und nur auf einen kleinen Teil der Genossen zu. Fast alle leiden unter den eben geschilderten Verhältnissen.

Aufgabe der „Kommunistischen Partei-Korrespondenz“ ist es, genossen in die Genossen zu einer Gedankenarbeit zu ziehen und den Genossen die Möglichkeit zu geben, aus eigener Kraft innerhalb ihres Wirkungskreises die dem oder jenen Genossen in der Verlesung entgegenzutreten. Die Parteiforensierung werden ein Ziel fangen können, wie oft, bald zu Ziel, bald zu jener Verlesung einer gegenseitigen Partei am Ort ein Diskussionsreferent verlangt wird. Die Genossen am Ort fassen sich nicht hart genug,

Die Hallische Arbeiterschaft für die streifenden Beamten

Die Hallischen Beamten treten geschlossen auf den Plan - Tiefgehende Erregung gegen die bürgerliche Hefzpreffe - 200 Mart Judaslohn - Urabstimmung in den Betrieben durch den Deutschen Eisenbahner-Verband

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Aus Anlaß des Streiks der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat der Reichspräsident eine von dem Reichsminister gegenzeichnete Verordnung erlassen, die den Beamten das Streikrecht absperrt und zur Teilnahme am Streik und zur Unterstützung zur Teilnahme am Streik der Eisenbahnbeamten mit Gefängnisstrafe bedroht.

Gegen diese Verordnung haben die sozialistischen Parteien, der ADGB, und die USA sofort Stellung genommen und die Zurücknahme derselben gefordert. Die Verordnung ist aber noch nicht zurückgenommen; es ist den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften nur gesagt worden, daß die Verordnung mit der Wiederaufnahme der Arbeit der Eisenbahnbeamten gegenstandslos wird.

Diese Fugale der Reichsregierung ist zu unbestimmt und nichtslage, als daß sich die Arbeiterschaft damit zufrieden geben könnte. Wir haben den ADGB, die USA und die Spitzenorganisationen mit dieser Erklärung beglückwünscht und nicht eine glatte Rücknahme der Verordnung erwirkt haben.

Wir fordern, daß dies noch geschieht und erwarten, daß die Regierung diese Verordnung fallen läßt. Wenn die Streifenden von den Spitzenorganisationen zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert werden, dann müssen auch Garantien gegeben werden, daß keine Maßregelungen und Strafverfolgungen stattfinden und daß die bereits erfolgten Verhaftungen von Streifenden und Streikführern wieder rückgängig gemacht werden.

Die Anti-Streiferverordnung des Reichspräsidenten ist aber auch ein Mittel auf die verfassungsmäßige Konfliktlösung der deutschen Staatsbürger. Wie jetzt gegen die Eisenbahnbeamten, könnte dieses Mittel jederzeit auch gegen die übrigen Arbeiter, Angestellten und Beamten wiederholt werden. Es gilt deshalb, der Regierung und denjenigen Parteien, die den Anti-Streifervertrag aufheben, zu zeigen, daß sich die gesamte Arbeiterschaft geschlossen gegen jeden Versuch, die verfassungsmäßigen Rechte anzutasten, wendet. In einer

Öffentlichen Verammlung,

die heute, Montag, abend 8 Uhr im „Volkspar“ stattfindet, soll dieser Protest einmütig zum Ausdruck gebracht werden.

Erscheint in Massen in dieser Verammlung!

Protestiert gegen den Raub des Konfliktrechts!

Gewerkschaftsartell Halle (Saale).

Ortsartell der USA.

Ortsartell des Deutschen Beamtenbundes.

Der Verammlungsprotokoll der Hallischen Gewerkschaftsorganisationen wird ebenjening die diebühnlichen Stimmeslauten zur Zurücknahme der verfassungswidrigen Antistreiferverordnung zwingen, wie das „Vorhallenorden“ der Spitzenorganisationen und der sozialistischen Parteien. Dann antwortet jedoch auf den maßgebenden Regierungsbefehlen gegen die Ebert-Verordnung „protestiert“ haben. Was aus dem „Protest“ geworden ist, ist bekannt. Wenn die Regierung gezwungen werden soll, den Antistreifervertrag zurückzunehmen, so müssen die gewerkschaftlichen Organisationen schon zu anderen und schärferen Mitteln greifen. Auf papierne Protestresolutionen spielen die Stimmeslauten.

Die streifenden Eisenbahnbeamten an die arbeitende Bevölkerung

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter wendet sich mit folgenden Worten an die arbeitende Bevölkerung:

Zun erstmalen führt die Eisenbahnbeamtenchaft einen Kampf gegen ihre Verarmung durch. Welche Wegegründe liegen hierzu vor?

1. Die unteren Gruppen unserer Kollegen sind wirtschaftlich zusammengebrochen infolge ungenügender Bezahlung. Trotz schwerer Tag- und Nachtdiensteleistung, trotz Sonn- und Feiertagsdienst haben ganze Gruppen weit unter dem amtlichen Existenzminimum.

2. Man will uns durch ein Sondergesetz des Reichstages zum Preisgeben des Arbeitszeitgesetzes zwingen.

Unsere hierzu gestellten, der Verwaltung weit entgegenkommenden Vordräge wurden glatt abgelehnt. Wir antwortet auf die Regierung gerichtete Eingabe würdig mit seiner Antwort. Anzuzeigen werden Dienstleistungen eingeführt, die alle Verzugsverluste der Umwälzung vollständig beistellen und aus noch unter der realen Lohnsituation der Fortgesetztheit hinabbringen. Hat man uns erst wieder vollständig entrecht, folgt die freie Arbeitnehmerschaft nach!

Darum erkennt, daß unser Kampf Euer Kampf ist!

Der Deutsche Eisenbahner-Verband auf dem Plan heute morgen Urabstimmung

Am Sonnabend abend hatte auch der Deutsche Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Halle, seine Mitglieder zusammenzurufen um in einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung zu dem Eisenbahnerstreik der Reichsgewerkschaft Stellung zu nehmen. Die Versammlung war von circa 1200 Eisenbahnern besetzt. Die Beschlüsse der Versammlung gab einen kurzen Überblick über die Entstehung und über die Lage des Streiks und betonte, daß für die Mitglieder des DEB, jetzt die Parole sein müsse, den Streikenden die vollste Sympathie zu bekunden. Das Streikverbot des Reichspräsidenten habe nun endlich auch den ADGB, auf den Plan gerufen, da diese Verordnung nicht nur die Konfliktfreiheit für die Beamten aufhebe, sondern die gesamte Arbeiterschaft rechtlos

make. Hatten die Versammelten bis jetzt den Ausführungen ihres Bevollmächtigten ruhig zugehört, so legte, als er den Aufruf des Hauptvorstandes des DEB, vorlas, der verlangte, daß alle Mitglieder des DEB, die sich bisher am Streik beteiligt haben, die Arbeit sofort wieder aufnehmen sollen, eine ungeheure Opposition ein.

In der Aussprache wurde von allen Rednern unter hartem Beifalls das Verhalten des ADGB, und des Hauptvorstandes des DEB, scharf verurteilt und die sofortige Vertreibung der Eisenbahner aus der Reichsgewerkschaft gefordert. Der Verlauf der Versammlung bewies, daß die Eisenbahner des DEB, Ortsgruppe Halle, genügt ihre streifenden Kollegen von der Reichsgewerkschaft mit allen Mitteln zu unterstützen und den ADGB, und den Hauptvorstand des DEB, zu isolieren. Nachstehende Entschließung wurde mit ungeheurer Mehrheit angenommen:

Die Regierung der Ebert-Republik versucht mit brutalen Gewaltmitteln die Vertreibung des Streikenden, Vertreibung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner zu unterbinden.

Wir erwarten die Unterstützung aller Kollegen der Reichsgewerkschaft zum Siege zu verhelfen. Durch die unentschiedene und zerschundene Stellung des DEB, Hauptvorstand, ist die große Bewegung der Arbeiter der Reichsgewerkschaft heraufbeschworen. In vielen Orten des Reiches haben die Mittelglieder eine Kampfgemeinschaft geschlossen und sich für den Streik bereit erklärt.

Indem die Mittelgliederbestimmung den Aufruf des ADGB, als ein Mittel ansetzt, den Streik gewaltsam abzuwürgen und diesen ernstlich zu verurteilen, spricht die Kampfgemeinschaft der Reichsgewerkschaft ihre vollste Solidarität aus. Am Montag früh, den 6. Februar, eine Urabstimmung vorausnehmen, zum sofortigen Eintritt eine Solidaritätsaktion für die streifenden Reichsgewerkschaft.

Kommunistische Fraktion der Eisenbahner

Dienstag abend, 7.8 Uhr,

wichtige Sitzung

in der Produktivgenossenschaft, Rochenfeldstraße 14.

Aufruf zur Geldsammlung

An alle Arbeiter, Beamte und Angestellte!

Der Kampf der Eisenbahner dauert schon bald eine Woche. Da die Regierung die Streikfelder befehligen hat, sind eine Reihe Familien der vom Streik betroffenen Eisenbahner und Beamten in Not geraten. Es ist die einfachste Pflicht der Solidarität aller Schaffenden, einzutreten und wenigstens die Familien der am Streik Beteiligten und der vom Streik betroffenen, die arbeitslos gewordenen Eisenbahnbeamten und Arbeiter ihrer Mütter zu helfen. Wir fordern daher auf, in den Betrieben und bei sonstigen Gelegenheiten Geld zu sammeln. Die gesammelten Gelder sind abzugeben an Landtagsgelehrten Richard Schneider, Halle, Rochenfeldstraße 14.

Redaktion und Verlag Klassenkampf.

R. H. Richard Schneider.

Erste Dittung.

Im Hause der Produktivgenossenschaft wurden als erste Rate 1200 M. gesammelt.

Die Halleischen Beamten treten geschlossen auf den Plan

Sonnabend fand in Mittelstraßen-Gesellschaftsraum eine Verammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner statt, die überaus stark besucht war. Vom Referenten wurden die Ursachen und der Verlauf des Eisenbahnerstreiks dargestellt. Die Beamten streifen in erster Linie um die Erhaltung des Arbeitsstandes, gegen das von der Regierung vorgelegte Arbeitszeitgesetz, gegen die Finanzvorlage die die Eisenbahn vom Reichsfiskus trennt und somit von der Kontrolle des Parlaments loslösen soll und in dritter Linie wegen der Befolgungsreform.

Regierung und Parlament haben die Forderungen des Beamtenbundes abgelehnt. Die Beamten betamen eine Zulage von 5,50 M. pro Tag, die ein Ausgleich sein soll für die Löhne, die ab 18. Februar infolge der neuen Steuern und Streckung der Lebensmittelpreise eintritt. Die Regierung verneint die Forderung, daß die Forderungen der Eisenbahner 50-60 Millionen Reichsmark ausgeben verurteilen. Dies trifft nicht auf die Eisenbahner, sondern nur auf die Beamten zu. An dem Defizit sind nicht die hohen Löhne und zusätzl. Personal f. u. d. d. ungenügenden Ausgaben für Material. Eine Reformvorschläge im Betrage 34.000 Mart, im Jahre 1921 1.580.000 Mart und wird im Sommer 4.700.000 Mart kosten. 100.000 Mann sollen entlassen werden und dabei sind gegen über dem Jahre 1917 nur 11.000 Mann mehr eingestellt worden, wobei die Kriegeschädigten mit eingerechnet sind. Die Praxis hat gezeigt, daß in menden Dienststellen noch zu wenig Personal vorhanden ist. Bis zum 31. März sollen 20.000 Mann entlassen werden, Beamte die Befolgungsreform V sollen zum Streikenden herangezogen werden, ohne jedoch die Streikelder zu bekommen. Wollten sie denselben Lohn wie die Arbeiter erhalten, dann müssen sie aus dem Beamtendienst ausscheiden. Außer dem allgemeinen Arbeitszeitgesetz für gewerbliche Arbeiter wird für die Beamten ein Sondergesetz erlassen, das jedoch nur Beamte bis zu 30.000 Mart Einkommen betrafte. Die Beamten sind Arbeitszeit bis 10 Stunden nicht mehr als 8 Stunden betragend, die Dienstbereitschaft 15 Stunden, von der Gahrpostzeit sollen 20 bis 25 Prozent auf die Dienstbereitschaft angerechnet werden und zu dieser Arbeitszeit sind die Beamten nur lebenslang in der Woche verpflichtet. Die Eisenbahnbeamten sind die letzten, die sich weigern, länger zu arbeiten, wenn es für alle gilt und wenn es keine Arbeitslosen mehr gibt.

Das Finanzgesetz bestimmt im § 1: Die Eisenbahn wird ein selbständiges Unternehmen. Nach § 2 besteht der Verwaltungsrat aus 26 Mitgliedern, von denen nur 3 Beamten und 3 Arbeitervertreter sein sollen. Die Mitarbeiter des Personals soll also ausgeschlossen werden.

Man muß die Beamten im besonderen Verhältnis zum Staat sehen, so ist ihnen jedoch durch die Verfassung ausdrücklich das Streikrecht garantiert. Nach dem Reichsbahngesetz vom 31. Mai 1878, das heute noch in Kraft ist, kann ein Disziplinarverfahren nur vom Reichspräsidenten eingeleitet werden. Die Disziplinargesetz vom 1. Juni 1908 hat den Beamten bis Gruppe IV noch nicht das Disziplinarricht an Lebensmitteln gebracht, den Beamten der Gruppe XII bis XIV seit dem 1. August jedoch eine Zulage und Steuerermäßigung von insgesamt 57.000 M.

Im Disziplinarricht kam die große Not der unteren und mittleren Beamten zum Ausdruck. Im Jahre 1919 haben die Arbeiter der Eisenbahn sich zum Streik entschlossen, so daß jetzt im Eisenbahn-Direktionsbezirk Halle ungefähr 5000 Eisenbahner streiken. Die Lohnfrage ist sehr wichtig für die Arbeiter, da sie in der Wirtschaftslage die Eisenbahner entgegen, mehrere andere sind durchgezahlt oder nur auf den Streik liegen geblieben. Die Lohnfrage ist sehr wichtig für die Eisenbahner, da sie in der Wirtschaftslage die Eisenbahner entgegen, mehrere andere sind durchgezahlt oder nur auf den Streik liegen geblieben. Die Lohnfrage ist sehr wichtig für die Eisenbahner, da sie in der Wirtschaftslage die Eisenbahner entgegen, mehrere andere sind durchgezahlt oder nur auf den Streik liegen geblieben.

Gegen die „Hallische Zeitung“ und „Hallische Nachrichten“ und deren anderen hiesigen und anderen Zeitungen. Durch Verordnungen haben diese Blätter die Arbeiter gegen die Beamten. Die Aufhebung, diese Lügen- und Falschblätter aus dem Hause zu werfen, wurde mit lebhaften Bravo aufgenommen.

Stürmische Entschließung tief die Mittelung hervor, daß die Eisenbahn-Direktion für einen Zeugschleiss von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Verammlung am Sonntag „Mittelgarten“ war noch stärker besucht, der große Saal war besetzt voll. Hier kam der Jörn über die bürgerliche Presse, die den Beamten Verfallungsbruch vornehmen, noch stärker zum Ausdruck. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss. Die Mittelung von 2000 Mart zu zahlen bereit sein sollte und andere Zeugschleiss.

Beimite! Welche Tageszeitung in Halle vertritt im gegenwärtigen Kampfe Eure Interessen? Nur der „Klassenkampf“, das Sprachrohr der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands. Bestellt ihn sofort! Bezugspreis monatlich 11 Mark einschließlich 3 Beilagen.

